



6. MÄRZ 1946

REDE DES VORSITZENDEN DER CDU IN DER BRITISCHEN ZONE, KONRAD ADENAUER, ZUM PROGRAMM DER CDU VON NEHEIM-HÜSTEN IM NORDWESTDEUTSCHEN RUND-FUNK (AUSZUG)

Das deutsche Volk muss sich mit Politik befassen; denn nur auf dem Wege über politische Einsicht und politische Reife kann es wieder zur Freiheit, zum Aufbau eines neuen, eines freien Deutschlands kommen. Jede politische Betätigung geht über die Parteien. Das deutsche Volk muss daher zu ihnen Stellung nehmen. In Süddeutschland haben schon Wahlen stattgefunden. In der britischen Zone werden im Sommer dieses Jahres Gemeindewahlen sein. In der amerikanischen Zone soll im Herbst eine Volksabstimmung über die Verfassung stattfinden. Damit die Wähler ihre Entscheidung demnächst treffen können, sind die Parteien verpflichtet, dem deutschen Volk ihre Programme vorzulegen.

Jede Partei soll sagen, was sie will. Sie soll es sagen mit so klaren und so unmissverständlichen Worten, so ehrlich und offen, dass unser Volk auch wirklich erkennt, was sie will. Ich werde das tun für die Christlich-Demokratische Union, für die CDU der britischen Zone. Um unser Programm verstehen und würdigen zu können, muss man sich zuerst darüber klar werden, wie es gekommen ist, dass das deutsche Volk in einen solchen Abgrund stürzte. Die tieferen, die wirkenden Ursachen der Katastrophe liegen klar zutage. Sie reichen weit zurück vor das Jahr 1933. Der Nationalsozialismus hat uns zwar unmittelbar in die Katastrophe hineingeführt, aber der Nationalsozialismus hätte in Deutschland nicht zur Macht kommen können, wenn er nicht in breiten Schichten der Bevölkerung vorbereitetes Land für seine Giftsaat gefunden hätte. Sonst wäre der Siegeszug des Nationalsozialismus in den Jahren 1933 und den folgenden im deutschen Volk nicht möglich gewesen.

Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. Die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert hat es diesem Götzen geopfert. Die Überzeugung von der Staatsomnipotenz, von dem Vorrang des Staates und der im Staat gesammelten Macht vor den ewigen Gütern der Menschheit, ist in zwei Schüben in Deutschland zur Herrschaft gelangt. Zunächst breitete sich diese Überzeugung von Preußen ausgehend nach den Freiheitskriegen aus. Dann eroberte sie nach dem siegreichen Krieg von 1870/71 ganz Deutschland. Der Staat wurde durch den von Herder und den Romantikern aufgedeckten Volksgeist, vor allem durch Hegels Auffassung vom Staat als der verkörperten

Vernunft und Sittlichkeit, in dem Bewusstsein des Volkes zu einem fast göttlichen Wesen. Mit der Überhöhung des Staates war zwangsläufig verbunden ein Absinken in der Bewertung der Einzelperson.

Die Einrichtung, in der sich staatliche Macht am sinnfälligsten äußert, ist das Heer. So wurde der Militarismus zum beherrschenden Faktor im Denken und Fühlen breiter Volksschichten. Nach der Gründung des Kaiserreiches unter preußischer Vorherrschaft wandelte sich der Staat aus einem ursprünglich lebendig gefühlten Wesen mehr und mehr in eine souveräne Maschine. Die großen äußeren Erfolge, die dieser Auffassung vom Staat und der Macht zunächst beschieden waren, die schnell zunehmende Industrialisierung, die Zusammenballung großer Menschenmassen in den Städten und ihre damit verbundene Entwurzelung machten den Weg frei für das verheerende Umsichgreifen der materialistischen Weltanschauung im deutschen Volk. Die materialistische Weltanschauung hat zwangsläufig zu einer weiteren Überhöhung des Staats- und Machtbegriffs, zur Minderbewertung der ethischen Werte und der Würde des einzelnen Menschen geführt. Der Nationalsozialismus war eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz dieser sich aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden Anbetung der Macht und Missachtung des Wertes des Einzelmenschen.

Diese Ausführungen sind nötig zum Verständnis unseres Programms. Unser Programm ist nicht ein aus vielen Steinchen verschiedener Herkunft zusammengesetztes Mosaik; es ist aus der Anschauung des Ganzen, aus einer Weltanschauung im eigentlichen Sinne erwachsen. Nur wenn man sie erkennt und versteht, versteht und erkennt man unser Programm in seiner ganzen Weite und erkennt den fundamentalen Unterschied zwischen uns und anderen Parteien, der bestehen bleibt, wenn wir auch in den Forderungen und Vorschlägen zur Abstellung der augenblicklichen Notlage mit ihnen weitgehend übereinstimmen sollten. Wir halten es für notwendig, über die konkreten Aufgaben der Notjahre hinausweisende Richtlinien aufzustellen, weil unser Volk politisch umdenken muss.

Der grundlegende Satz unseres Programms ist: An die Stelle der materialistischen Weltanschauung muss wieder die christliche treten, an die Stelle der sich aus dem Materialismus ergebenden Grundsätze diejenigen der christlichen Ethik. Sie müssen bestimmend werden für den Wiederaufbau des Staates und die Abgrenzung seiner Macht, für die Rechte und Pflichten der Einzelperson, für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben, für das Verhältnis der Völker zueinander. Wir betrachten die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur unserer Arbeit. Die Demokratie erschöpft sich für uns nicht in der parlamentarischen Regierungsform. Sie ist für uns eine Weltanschauung, die ebenfalls wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Werte und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen, die das Christentum entwickelt hat. Demokratie muss diese unveräußerlichen Rechte achten im staatlichen, im wirtschaftlichen und kulturellen Leben.

Wir nennen uns Christlich-Demokratische Union, weil diese Grundsätze, die sich auf dem geistigen Boden des abendländischen Christentums entwickelt haben, das Fundament unserer ganzen Arbeit sind, und weil wir Christen aller Bekenntnisse zu gemeinsamer Arbeit zusammenfassen wollen.

Es ergeben sich aus unserer Grundeinstellung folgende Sätze für das Verhältnis zwischen Einzelperson und Staat: Der Staat besitzt kein schrankenloses Recht. Seine Macht findet ihre Grenzen an der Würde und den unveräußerlichen Rechten der Person. Die Mehrheit hat kein willkürliches und uneingeschränktes Recht gegenüber der Minderheit. Auch die Minderheit hat Rechte und Pflichten. Gleiches Recht, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit für jeden. Recht auf politische und religiöse Freiheit; Anerkennung der grundlegenden Bedeutung der Familie für das Volk; Recht der Frau auf freie Betätigung im beruflichen und öffentlichen Leben. Für das wirtschaftliche und soziale Leben stellen wir folgende Grundsätze auf: Die Wirtschaft hat ein doppeltes Ziel: die Bedarfsdeckung des Volkes und die Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft. Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, ein soziales Recht zu schaffen, das Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichberechtigter Tätigkeit in Führung und Verantwortung verpflichtet. Hierdurch wird eine soziale Neuordnung in Wirtschaft und Gesellschaft und eine gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Ertrages erreicht und der Geist des Klassenkampfes überwunden. Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die nationalsozialistische Herrschaft hat uns das nur zu klar bewiesen. Deshalb halten wir die Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des einzelnen für notwendig. Weil beim Handwerker, beim Bauern, bei Mittel- und Kleinbetrieben die Forderung nach einer größeren Freiheit aus der inneren Struktur heraus leichter zu verwirklichen ist, verlangen wir für sie besondere Förderung.

Um der wirtschaftlichen und der politischen Freiheit willen sollen Gewerkschaften und Unternehmerverbände den Schutz der Verfassung genießen. Ich habe schon betont, dass wirtschaftliche und politische Freiheit eng zusammenhängen. Zu ihrem Schutz erheben wir weiter folgende Forderungen: Eine Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte aller Art, die so stark ist, dass sie die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährden könnte, darf nicht stattfinden. Eine solche Gefährdung liegt auch vor, wenn diese Zusammenballung bei öffentlich-rechtlichen Organisationen oder beim Staat erfolgt.

Die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit des einzelnen wie der Gesamtheit verlangt die Anerkennung des Privateigentums. Das Eigentumsrecht verdient den gleichen Schutz und erleidet die gleiche Einschränkung wie andere Privatrechte. Es hat zu weichen gegenüber einem auch nach ethischen Grundsätzen höheren Recht. Mäßiger Besitz möglichst vieler ist eine wesentliche Sicherung des demokratischen Staates. Der Erwerb mäßigen Besitzes durch ehrlich Schaffende ist daher nach Möglichkeit zu fördern. Das gilt besonders auch für den Erwerb ei-

nes Eigenheims. Wir wollen Arbeit für jeden, der arbeiten will. Die Frage der Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft ist zur Zeit nicht praktisch, da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist. Das Für und Wider der Vergesellschaftung wird später im einzelnen Fall gegeneinander abzuwägen sein. Wir erblicken einen wirklich sozialen Fortschritt in der von uns geforderten Schaffung eines sozialen Rechts, das Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichberechtigter Tätigkeit in Führung und Verantwortung verpflichtet; Vergesellschaftung, Überführung in Staatseigentum, staatsgelenkte Wirtschaft brauchen nicht identisch zu sein mit sozialem Fortschritt.

Quelle: Konrad Adenauer: "Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung". Reden und Gespräche 1946-1967. Hrsg. v. Felix Becker. Köln-Weimar-Wien, S. 1-9.